

Samstagsinterview

«Neue Bewegungen haben kaum Chancen»

Wer wird die neue Bieler Stadtpräsidentin? Der Politologe Sean Müller geht davon aus, dass sich dies nicht schon im ersten Wahlgang entscheidet. Für Zukunft Biel Mitte prognostiziert er die Rolle als Zünglein an der Waage.

Interview: Andrea Butorin und Alexandre Wälti

Sean Müller, wie spannend werden die diesjährigen Bieler Wahlen?

Sean Müller: Grosse Veränderungen sind nicht zu erwarten – die Machtverhältnisse zwischen Links und Rechts sind einigermaßen klar und auch stabil. Im zentralisierten Kanton Bern können Gemeindeparlament und Exekutive zudem weniger bewirken als beispielsweise in Graubünden oder in der Ostschweiz, wo die Gemeinden viel autonomer sind. Darum sind Kommunalwahlen im Kanton Bern nicht extrem wichtig. Trotzdem: In Biel lehnt das Volk immer wieder Vorlagen aus dem Parlament ab, sei es zum Budget oder zu bestimmten Projekten. Deshalb ist es schon wichtig, Lokalbehörden zu haben, die den Willen des Volkes repräsentieren.

Vor acht Jahren kam es zwischen Links und Rechts zur Pattsituation, 2020 gab es eine klare linke Mehrheit. Erwarten Sie wieder eine Verschiebung?

Die ländlichen Gegenden wenden sich immer stärker rechts zu, während in den Städten links immer dominanter wird. Grosse Verschiebungen sind daher nicht zu erwarten – oder wenn schon, dann eine noch stärkere Linke.

Das Parlament war 2020 zwar linker geworden, die SP hatte allerdings verloren, während Grüne, PdA und Juso zugelegt hatten. Erwarten Sie da eine Korrektur?

Ja. Die «grüne Welle», die mit den Klimastreiks viele Junge mobilisiert hatte, ist etwas abgeflaut. Diese wirkte sich sowieso eher national als lokal aus, und dort sind ja wichtige Gesetze jetzt durch. Ich denke auch, dass im September ein paar weniger Junge gewählt werden als noch vor vier Jahren.

Damals wurde das Parlament nicht nur jünger und linker, sondern auch weiblicher und frankophoner. Was ist da zu erwarten?

Der Romand-Anteil auf den Listen ist geringer als derjenige in der Gesamtbevölkerung. Das wird daran liegen, dass in Biel viele Nichtschweizer und Eingebürgerte Französisch als Hauptsprache angeben. Das Interesse an Politik wird durch Freunde, Familie oder das Engagement in Vereinen geweckt und fehlt bei Secondos oft. 2020 wurden je 30 Frauen und Männer in den Stadtrat gewählt, das ist im interkommunalen Vergleich sehr hoch. (Nach diversen Abgängen sind aktuell 37 Männer und 23

Frauen im Bieler Stadtrat, Anm.d.Red.) Der Frauenanteil wiederum steht und fällt mit dem Abschneiden der linken Parteien. Das zeigte sich beispielsweise bei den Nationalratswahlen 2023, wo es zu einem Rechtsrutsch und weniger Frauensitzen kam. Die Rechten schaffen es nicht, so viele Kandidatinnen aufzustellen.

Ist Biel im Vergleich zu anderen Schweizer Städten ein Sonderfall?

Biel ist vom Abstimmungsverhalten her eine linke Stadt, aber in Bern, Zürich oder Lausanne ist die Linke noch dominanter. Das Klimaschutzgesetz ist beispielsweise in Bern deutlicher angenommen worden. Biel ist eher klassisch-gewerkschaftlich links: Fragen der Umverteilung wie etwa die 13. AHV-Rente werden stärker, Postmaterielles wie die gleichgeschlechtliche Ehe eher zurückhaltender befürwortet als etwa in Bern. Die Zweisprachigkeit verleiht der Stadt zudem einen besonderen, schwierig einzuordnenden Status: Man gehört weder ganz zur Romandie noch zur Deutschschweiz, aber doch zu beiden. Spannend ist auch, dass die grossen Parteien FDP und SP separate Organisationen mit jeweils eigenen Namen haben, die national aber beide der FDP respektive der SP Schweiz angehören. Für mich spiegelt dies das Verständnis und Selbstbewusstsein der beiden Sprachgruppen, die dann doch wieder kooperieren.

Stellt diese Trennung in FDP/PRR beziehungsweise SP/PSR einen Vorteil dar?

Es ist sicher ein Sonderfall, sprachlich getrennte Parteien gibt es sonst nur im Kanton Wallis. Sogar in der Stadt Freiburg gibt es jeweils nur eine Partei. Dass die Parteien in Biel getrennt bleiben, scheint ihnen jedenfalls nicht geschadet zu haben. Für die Gewählten ist es vielleicht etwas aufwendiger, sich abzusprechen. Dafür gibt es mehr Ämter zu verteilen, das kann auch ein Vorteil sein. Zwei Fraktionspräsidien statt nur eines gibt mehr Leuten etwas von der Entscheidungsmacht ab.

Generell ist die Wahlbeteiligung bei den Bieler Wahlen tief, letztes Mal lag sie dank polarisierender nationaler Vorlagen bei respektablen 39,4 Prozent. Was erwarten Sie im September?

Die schweizweite Statistik zeigt, dass kantonale und kommunale Wahlen oft am wenigsten interessieren. Hoch ist die Wahlbeteiligung meist nur in Kombination mit kontroversen Abstimmungen. Die Vorlage zur beruflichen Vorsorge ist allerdings sehr

technisch, und die Biodiversitätsinitiative wird gemäss Prognosen eher klar abgelehnt. Beides spricht nicht für eine Mobilisierung. Die Wahlbeteiligung in Biel wird sicher unter 40 Prozent liegen, vielleicht werden nicht einmal 30 Prozent erreicht.

In Biel hat sich die neue Bewegung Zukunft Biel Mitte formiert. Welche Chance geben Sie ihr?

Die Mitte hat sich bei den letzten Nationalratswahlen schweizweit halten können, und in Biel gewann die GLP sogar leicht dazu, von 8,9 auf 9,1 Prozent. Dass sich jetzt die Mitte in Biel konsolidiert oder sogar wächst, ist gut möglich. Das Wahlsystem kommt den Minderheitsparteien und damit Mitte-Rechts zugute, denn mit 60 Sitzen braucht man im Proporzsystem wenig, um ein paar Sitze zu erreichen. Es kommt dann aber später stark auf die Köpfe an, ob sie ihr Brücken-Potenzial nutzen können.

In Biel gab es in den 70er- und 80er-Jahren mit den «Freien Bieler Bürgern» bereits einmal eine Bürgerbewegung abseits der etablierten Parteien. Verspricht es Erfolg, wenn man mit vorwiegend neuen, politisch unverbrauchten Kräften das System aufzuzuschaffen versucht?

In der Schweiz gibt es eigentlich nur in Gemeinden mit bis 2000 Einwohnern erfolgreiche Bürgerlisten, in grösseren Gemeinden gibt es nur noch Parteien. Neue Bewegungen abseits der etablierten Parteien haben demnach eigentlich keine Chance. Trotzdem könnte es für einen, zwei Sitze reichen, die dann plötzlich das Zünglein an der Waage zwischen Links und Mitte-Rechts spielen können.

Wird die GLP den Grünen Stimmen abluchsen können?

National hat die GLP im Oktober 2023 zwar sechs Nationalratssitze, aber fast gar keine Stimmanteile verloren. Die Grünen haben zwar noch stärker verloren, auch in Biel, bleiben aber klar vorne. Dass sich die GLP gerade in Finanzfragen stark von den Grünen abgrenzt, könnte sich auch lokal auswirken. Es ist ihr Vorteil, eine Zentrumsparterie zu sein, die gleichzeitig grün und liberal ist. Allerdings hat die Bieler GLP kaum französischsprachige Kandidatinnen und Kandidaten auf ihrer Liste: 10 Prozent auf der Parlaments- und niemand auf der Exekutivliste. Das bildet ihre Deutschschweizer Herkunft ab. Ich weiss aber nicht, wie gut das in Biel ankommt.

Ist es der Fokussierung auf das Migrationsthema der Mutterpartei geschuldet, dass die SVP

in der Stadt Biel keinen grösseren Wähleranteil erreicht?

Ja, die lokale SVP ist ein Opfer des Erfolgs der nationalen Partei. Diese hat die beiden Kernthemen Migration und Europa gekapert und setzt auf konservative Werte, was in einer zweisprachigen, multinationalen und linken Stadt, welche die Diversität tagtäglich auslebt, ein rotes Tuch darstellt. Wenn die Bieler SVP jetzt plötzlich andere Themen bemüht wie etwa die Finanzen oder Sport, wirkt das unglaubwürdig. Es ist sicher auch dank des Proporz so, dass die SVP überhaupt eine Vertretung in der Bieler Exekutive hat. In keiner anderen der zehn grössten Schweizer Städte ist das so ...

Würden Sie in der Exekutive eine Majorz-, sprich eine Kopfwahl anstelle einer Proporzwahl (Verhältnisswahl) bevorzugen?

Das müssen die Bielerinnen und Bieler entscheiden. Gemäss dem Bundesgericht ergibt eine Proporzwahl jedenfalls nur ab zehn zu vergebenden Sitzen Sinn. Weniger als zehn Sitze kann man proportional nicht schlau verteilen. Das Proporzsystem ist dann unfair. Schlimmer noch: Es suggeriert eine Gerechtigkeit, die es dann negiert. Vor vier Jahren etwa erreichte die «Vereinte Mitte» 9.5 Prozent aller Stimmen für den Bieler Gemeinderat, aber keinen Sitz. Auch Restmandate gehen in der Regel an die grossen Parteien. Schweizweit wählen nur wenige Gemeinden nach Proporz, es ist primär eine Eigenart des Kantons Bern. Die Majorzwahl kann zwar auch brutal sein, aber dafür hält sie, was sie verspricht: Die populärsten fünf werden gewählt.

Die bisherigen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte Beat Feurer (SVP), Lena Frank (Grüne), Glenda Gonzalez Bassi (PSR) und Natasha Pittet (PRR) werden mit grösster Wahrscheinlichkeit wiedergewählt, oder?

Ja. Generell werden bisherige Exekutivmitglieder wiedergewählt. So ein «Bisherigen-Bonus» kann bis zu 20 Prozent ausmachen. Es bräuchte schon einen grossen Skandal, damit jemand abgewählt wird.

Wir prognostizieren, dass Anna Tanner (SP) in den frei werdenden Sitz gewählt wird. Teilen Sie diese Einschätzung?

Geht man davon aus, dass das linke Lager grösser ist und linke Wählerinnen und Wähler diszipliniert wählen, würde ich zustimmen, ja.

Das würde bedeuten, dass vier von fünf Gemeinderatssitzen von Frauen besetzt würden.

«Die Beteiligung wird sicher unter 40 Prozent liegen.»

Für Biel wäre das historisch.

Nicht nur für Biel! Das wäre auch schweizweit eine Ausnahme. Es gibt zwar Beispiele, wenn auch von kleineren Gemeinden, mit einem noch höheren Frauenanteil: In den beiden Genfer Vorortgemeinden Onex und Carrouge wurden 2022 ausschliesslich Frauen in die Exekutive gewählt (*drei von drei, Anm.d.Red.*). Und in Spiez sind sechs von sieben Sitzen in Frauenhand, sogar die Gemeindeschreiberin ist weiblich. Aber im Schnitt beträgt der Frauenanteil über 162 Stadtexekutiven hinweg gerade einmal 33 Prozent.

In Biel wollte die GLP für die Gemeinderatswahlen nicht wie in Bern auf die gemeinsame Liste der bürgerlichen Parteien. Man wolle nicht der SVP zudienen, hiess es. Ist das erfolgversprechend?

Die Berechnung ist einfach: Bei fünf Sitzen reicht ein Stimmenanteil von 16,7 Prozent sicher für einen Sitz. Mit leicht weniger darf man noch hoffen; die FDP hat 2020 zum Beispiel mit 15.5 Prozent einen Sitz erhalten. Aber mit viel weniger wirds schwierig bis unmöglich. Dafür nützt eine eigene Liste der Profilierung und markiert Eigenständigkeit. In Bern hat die bürgerliche Allianz auch Diskussionen ausgelöst, im Unterschied zu Biel ist die SVP dort aber schwächer und die Linke viel stärker. Deshalb muss sich die dortige GLP andere Überlegungen machen.

Die spannendste Frage zum Schluss: Wer folgt auf Erich Fehr ins Stadtpräsidium?

Ich tippe auf Glenda Gonzalez Bassi (PSR). Wenn das linke Lager eine Kandidatur vorschlägt, die intern unbestritten ist, sollte es in einer Stadt wie Biel eigentlich reichen. Es sei denn, es gäbe Gegenfaktoren wie etwa problematische Dossiers, Skandale, fehlende Sprachgewandtheit oder enorme Ressourcen auf der Gegenseite.



Sean Müller sagt: «Dass die Parteien in



Biel getrennt bleiben, scheint ihnen jedenfalls nicht geschadet zu haben.»

Bild: Matthias Käser

Es wird aber vermutlich nicht bereits im ersten Wahlgang für einen Sieg reichen?

Das ist wohl die spannendste Frage der gesamten Wahl (*lacht*). Wahrscheinlich nicht, nein. Natasha Pittet prognostiziert einen Achtungserfolg, schliesslich treten beide Frauen zum ersten Mal zur Stapiwahl an. Schön finde ich, dass zwei französischsprachende Frauen gleichen Alters gegeneinander antreten und so diese Faktoren keine Rolle spielen. Das erlaubt den Fokus auf Inhaltliches – wie es eigentlich immer sein sollte.

Das Wahlsystem für das Bieler Stadtpräsidium mutet eigenartig an: Man kann gar nicht offiziell für das Amt kandidieren, sondern es sind alle wählbar, welche auch die Wahl in den Gemeinderat schaffen. Ist das für die Wählerinnen und Wähler verständlich?

Faktisch weiss man ja trotzdem, wer kandidiert, da ist Biel klein genug. Beim Durchschauen der Wahlbeteiligung ist mir aber schon aufgefallen, dass die Beteiligung bei den Präsidiumswahlen immer einige wenige Prozentpunkte tiefer ist als beim Stadt- und Gemeinderat. Es kann also sein, dass manche nicht wissen, was sie dort genau tun müssen. Am fairsten wäre, es gäbe eine Namensliste zum Ankreuzen. Das würde auch zu weniger ungültigen Stimmen führen. Überlegen könnte man sich, ob es für die Kandidatur eine zusätzliche Hürde bräuchte, etwa 300 gültige Unterschriften. Die inoffiziellen, vorgedruckten Wahlzettel gehen zwar schon in diese Richtung, könnten jedoch zusätzlich verwirren. Dass das System aber ist, wie es ist, zeigt, dass es für die Mehrheit offenbar kein Problem darstellt.

Zur Person

- 1983 in Glarus geboren und aufgewachsen, lebt heute in Bern
- Studium der Politikwissenschaft an der Universität Freiburg i. Ue.
- **Auslandsaufenthalte** in Italien, Rumänien, Georgien, Irland und England
- 2013 bis 2019: Postdoc an der Universität Bern
- seit 2020: **Assistenzprofessor** am Institut d'Etudes Politiques der Universität Lausanne.
- **Schwerpunkte:** «Alles, was Schweizer Politik ausmacht»: Föderalismus, Kantone, Gemeinden, Städte, direkte Demokratie und Wahlen.
- In Biel forschte er zur Sprachenfrage, zur **Jurafrage** und verglich den Röstigraben mit anderen Gräben (wie Stadt-Land; Arm-Reich). (*ab*)

Wochenkommentar

Atomkraft ist nicht die Lösung

Die Schweiz braucht nicht eine neue AKW-Debatte, sondern pragmatischen Realismus.

Am 11. März 2011 bebte vor Japan im Meer die Erde. Ein riesiger Tsunami rollte auf die Ostküste Japans zu. Die Welle tötete nicht nur 20 000 Menschen, sondern beschädigte auch das Atomkraftwerk von Fukushima stark, in mehreren Reaktoren kam es zur Kernschmelze. Eine ganze Region wurde zum Sperrgebiet. Noch heute sind die Folgen der Katastrophe nicht bewältigt. Noch immer wird aufgeräumt, und die Bemühungen der Regierung, die Gegend wieder zu bevölkern, bleiben ohne Erfolg.

Es kann nicht schaden, sich dieses Ereignis wieder in Erinnerung zu rufen, wenn dieser Tage der Ruf nach neuen Atomkraftwerken wieder lauter wird. Unter dem Eindruck von Fukushima hatte auch die Schweiz den Atomausstieg beschlossen. Denn Fukushima hatte – wieder einmal – vor Augen geführt, welch zerstörerisches Potenzial der Technologie innewohnt. Dass die Katastrophe in einer hoch entwickelten, westlich orientierten Industrienation passierte, dürfte den Eindruck verstärkt haben. Mit Tsunamis ist in der Schweiz zwar nicht zu rechnen, und die Eintretenswahrscheinlichkeit von AKW-Unfällen ist extrem gering. Umso höher ist aber das Schadenspotenzial: Bei einem GAU in Mühleberg wären Hunderttausende Menschen betroffen gewesen.

Die Vorzeichen hätten sich mittlerweile geändert, argumentieren jene Kreise, die mit Energieminister Albert Rösti (SVP) das AKW-Verbot schleifen wollen. Der Ausbau der Erneuerbaren komme zu langsam voran, um den wachsenden Strombedarf in Hinsicht auf die Dekarbonisierung der Wirtschaft zu decken. Russlands Einfall in die Ukraine habe die Verletzlichkeit der Schweizer Energieversorgung aufgezeigt. Und überhaupt: In neuen AKWs sei ein Unfall praktisch ausgeschlossen, und der radioaktive Müll strahle viel weniger lang.

Diese Feststellungen sind gewiss nicht nur falsch. Bloss haben sich die grundsätzlichen Problemstellungen der Atomenergienutzung in diesen paar Jahren nicht fundamental geändert. So verfügt die Schweiz auch heute noch über kein Endlager für den radioaktiven Sondermüll – 55 Jahre, nachdem mit Beznau I der erste Atommeiler ans Netz gegangen ist. Dass die Standortsuche so langwierig ist, hat dabei längst nicht nur mit der «Not in my backyard»-Haltung der Anwohner zu tun, die keine solche Anlage in ihrer Nähe wollen. Sondern es hat sich schlicht auch als komplex erwiesen, einen Standort zu finden, der geologisch sicher genug ist. Immerhin müssen die strahlenden Fässer teils für Tausende Jahre sicher sein.

Wie das Wissen darum über so lange Zeit weitergegeben werden kann, vermag niemand zu sagen.

Die Unabhängigkeit vom Ausland taugt auch nicht als Argument für die Atomkraft. Das Uran, das zum Betrieb nötig ist, stammt nicht aus der Schweiz – sondern unter anderem auch aus Russland. Gemäss der Schweizerischen Energiestiftung stammen 45 Prozent der Uranimporte vom russischen Staatskonzern Rosatom, der auch das militärische Atomprogramm Russlands verantwortet und mit den Gewinnen die Rüstungsindustrie quersubventioniert. Wenig verwunderlich ist es also, dass über die genauen Lieferketten wenig Transparenz herrscht und dieser Sachverhalt in der jetzigen Diskussion nicht an die grosse Glocke gehängt wird.

Um in Erfahrung zu bringen, ob neue AKWs sinnvoll sind oder nicht, könnten die bürgerlichen Kräfte auch den Markt befragen. Dieser fällt ein klares Urteil: Mit ihm ist ein solches Vorhaben nicht zu finanzieren. Die Verantwortlichen der hiesigen Stromkonzerne haben es in den letzten Jahren zur Genüge betont: Neue Atomkraftwerke lassen sich ohne öffentliche Gelder nicht finanzieren, sie rechnen sich schlicht nicht. Ohne Steuergeld geht es also nicht, manche Befürworter wollen für die Finanzierung gar den Fonds zur Unterstützung erneuerbarer Energien anzapfen – und das für Projekte, die, wenn überhaupt je, allerfrühestens in 25 Jahren Strom liefern werden. Der Physiker und Nuklear-Ingenieur Hans-Rudolf Zulliger warnte denn auch unlängst in der NZZ: «Das droht sehr teuer und politisch hochriskant zu werden. Jeder Franken, den wir für ein neues Kernkraftwerk ausgeben, das erst in ferner Zukunft Strom liefert, fehlt für die Erneuerbaren (...).»

Dass so bald neue Atomkraftwerke in der Schweiz gebaut werden, ist also so gut wie ausgeschlossen. Jeder Schritt dahin wird von breiten Kreisen in Gesellschaft und Politik bekämpft werden. Auf dem Weg zu einer sicheren und nachhaltigen Energieversorgung bindet das unnötig Kräfte und Ressourcen. Die Schweizer Energiepolitik braucht nicht eine Neuaufgabe ideologischer Grabenkämpfe, sondern pragmatischen Realismus und den breiten Willen, den eingeschlagenen und demokratisch abgestützten Weg weiterzugehen.



Tobias Graden

tobias.graden@bielertagblatt.ch